

Einwohnerversammlung gab der Politik Nüsse zu knacken!

Mit einer so starken Beteiligung auf der Einwohnerversammlung zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplans für Schenefeld hatte wohl kaum jemand gerechnet. Rund 400 Besucherinnen und Besucher kamen ins Forum, um sich von Stadtplaner Günter Leimert und Bürgermeisterin Christiane Küchenhof über den Stand des Vorhabens zu informieren und der Politik vorab ihre Befürchtungen mitzuteilen. Dass so viele Schenefelderinnen und Schenefelder der Einladung der Stadt folgten, lag nicht zuletzt an der Bürgerinitiative „Wohnqualität im Grünen“, die durch ein Schreiben an 1.500 Unterstützer auf diese wichtige Veranstaltung ausdrücklich hingewiesen hatte. Die Bürgerinitiative präsentierte ihrerseits einen drei Punkte umfassenden Vorschlag, der von der Versammlung mit großer Mehrheit angenommen wurde. Darin heißt es:

Wir fordern den uneingeschränkten Erhalt der letzten Grün- und Landschaftsschutzflächen Schenefelds

Wir fordern die Offenlegung der Gründe für die geplanten Veränderungen und zwar rechtzeitig bevor Grundsatzentscheidungen getroffen werden

Wir fordern, dass die Stadt

Schenefeld die planfestgestellten Ausgleichs- und Rückbaumaßnahmen des XFEL Röntgenlasers intensiv überwacht und fristgemäße Umsetzung sicherstellt. Bürgermeisterin Christiane Küchenhof wandte sich gegen Unterstellungen, Schenefelds

Verwaltung und Selbstverwaltung wollten gegen die Interessen der Bürger vollendete Fakten schaffen. „Wir wollen nur den 30 Jahre bestehenden Flächennutzungsplan daraufhin überprüfen, ob es noch Entwicklungsmöglichkeiten in der Stadt gibt. Deshalb haben wir ein Gutachten angefordert, das jetzt vorliegt. Was daraus wird, entscheidet die Politik im Zusammenwirken mit den Bürgern.“ Es gebe noch keine Grundsatzentscheidungen. Wenn solche anstünden, würden die Bürger rechtzeitig informiert. Zurzeit befände man sich im Informationsstadium. Die Neuaufstellung des Flächennutzungsplans werde einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen. Wedel zum

Beispiel habe fünf Jahre lang beraten. Jetzt müssten sich erst einmal die Fraktionen und der Stadtentwicklungsausschuss eine Meinung bilden. „Alle in der Einwohnerversammlung Anwesenden haben Unmut und Befürchtungen vieler Bürgerinnen und Bürger wahrgenommen. Das wird zweifellos berücksichtigt. Ich hoffe, dass dieser Diskussionsprozess in aller Ruhe und in einem sachlichen Klima verläuft“, meinte die Verwaltungschefin.

Was die dritte Forderung der Bürgerinitiative betrifft, so werde die Stadt Ausgleichs- und Rückbaumaßnahmen beim Bau des XFEL –Röntgenlasers „selbstverständlich sorgsam überwachen.“